

München, 28.02.2021

## Pflege-Prognose: Verbände und Staatsregierung stehen in der Verantwortung

**SPD-Abgeordnete Doris Rauscher und Ruth Waldmann: Insbesondere mit Blick auf besorgniserregende Prognose bei Anzahl der Pflegebedürftigen ist das Nein der Caritas ein fatales Signal**

Die Vorsitzende des Sozialausschusses und sozialpolitische Sprecherin der BayernSPD-Landtagsfraktion **Doris Rauscher** ist höchst enttäuscht und verwundert über die Weigerung der Caritas, einem flächendeckendem Tarifvertrag für Pflegekräfte in der Altenpflege zuzustimmen. "Vor einem Jahr haben die Leute noch für Pflegekräfte geklatscht, das ganze Jahr über heißt es, dass man gerade in Pandemie-Zeiten den Einsatz dieser Menschen nicht genug würdigen kann. Und jetzt weigert sich mit der Caritas ein großer Verband der Branche, einem einheitlichen Tarifvertrag zuzustimmen. Das ist ein fatales Signal und für Millionen von Pflegekräften ein Schlag ins Gesicht. Es braucht, um eine Lohnuntergrenze einzuziehen, auch in Form eines einheitlichen Tarifvertrags, endlich Anerkennung für die Pflegerinnen und Pfleger. Besser bezahlen geht auch mit einem Flächentarifvertrag immer. Ohne die Kirchen geht es nicht! Die großen Verbände haben hier auch die Funktion, ihre Verantwortung zur Solidarität wahrzunehmen."

Die gesundheitspolitische Sprecherin der Fraktion **Ruth Waldmann** verweist im Zuge dessen auf die heute veröffentlichte Studie, nach der sich die Zahl der Pflegebedürftigen in Bayern bis 2050 voraussichtlich verdoppeln wird: "Die Lage ist ernst - es gibt einen Pflegenotstand, der jetzt in der Corona-Krise besonders deutlich wird, aber auch vorher schon da war." Dieser Pflegenotstand werde sich noch mehr verschlimmern, wenn die Staatsregierung es nicht endlich schaffe, viel mehr Pflegekräfte zu gewinnen, indem sie den Berufsstand attraktiver macht. „Gerade in dieser Krise sind viele bis an die Grenze der Erschöpfung gegangen, fühlten sich aber weitgehend allein gelassen. Symbolpolitik wie mit dem Corona-Pflegebonus, der nur bestimmten Beschäftigten zukam und der zweimonatige Brotzeitzuschuss reichen da nicht aus und führten eher zu dem Eindruck, mit den echten Nöten nicht ernst genommen zu werden. Dass hier jetzt Verbände wie die Caritas auch noch Empörung ernten, weil sie einem einheitlichen Tarifvertrag nicht zustimmen wollen, ist dem ganzen sicher nicht dienlich."